

Schuh, Ulrich; Graf, Nikolaus

**Research Report**

## Sorgenkind Inflation

Policy Note, No. 2

**Provided in Cooperation with:**

EcoAustria – Institute for Economic Research, Vienna (Austria)

*Suggested Citation:* Schuh, Ulrich; Graf, Nikolaus (2012) : Sorgenkind Inflation, Policy Note, No. 2, EcoAustria - Institute for Economic Research, Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/227385>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

Am Heumarkt 10

A-1030 Wien

Tel: +43-664-887 396 23

<http://www.ecoaustria.at>

Email: [ulrich.schuh@ecoaustria.at](mailto:ulrich.schuh@ecoaustria.at)



Wien, März 2012

## POLICY NOTE No.2

---

# Sorgenkind Inflation

---



---

## **POLICY NOTE**

### **Sorgenkind Inflation**

*Dr. Ulrich Schuh, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

*Mag. Nikolaus Graf, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

**März 2012**

#### **Abstract:**

Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Rezessionsphase bleibt die Inflationsrate auf sehr hohem Niveau. Gleichzeitig weist Österreich seit einem Jahr ein hartnäckiges Inflationsdifferenzial gegenüber dem Durchschnitt des Euroraums auf. EcoAustria identifiziert dringenden Handlungsbedarf bei der Lohnpolitik, um die Preisstabilität in Österreich nachhaltig zu sichern. Unmittelbar kann die öffentliche Hand durch Zurückhaltung bei Gebühren und öffentlichen Abgaben zur Eindämmung des Preisauftriebs beitragen.



## 1. Einleitung

Die Entwicklung der Verbraucherpreise in Österreich und im Euroraum war in den vergangenen vier Jahren von hoher Volatilität gekennzeichnet. Ab Ende des Jahres 2007 stieg die Inflation – angeheizt von stark gestiegenen Energie und Rohstoffpreisen – schrittweise auf langjährige historische Höchststände. Im Sommer 2008 wurden sowohl in Österreich als auch im Euroraum Spitzenwerte der Inflation von über 4 % verzeichnet.

Im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise kam der Preisauftrieb danach jedoch abrupt zum Erliegen. Im Jahr 2009 folgte ein tiefer wirtschaftlicher Einbruch, der im Sommer 2009 von einer mehrmonatigen Phase fallender Inflationsraten begleitet wurde. Für den Jahresdurchschnitt des Jahres 2009 ergab sich für Österreich eine durchschnittliche Inflationsrate von lediglich 0,5 %.

Mit der Überwindung des wirtschaftlichen Einbruchs im Jahr 2010 belebte sich auch wieder die Preisdynamik – die Inflationsrate stieg im Jahresdurchschnitt auf 1,8 %. Im Jahr 2011 hat die Konjunktur insbesondere in Österreich wieder kräftig an Fahrt aufgenommen. Einmal mehr kletterten auch die Verbraucherpreise wieder auf auffallend hohes Niveau. Beinahe ein halbes Jahr lang kam die Inflationsrate deutlich über der 3-Prozent-Marke zu liegen. Im Durchschnitt des Jahres 2011 betrug der Anstieg des HVPI 3,6 %.

Abbildung 1: Wachstumsrate des HVPI im Jahresabstand in Prozent

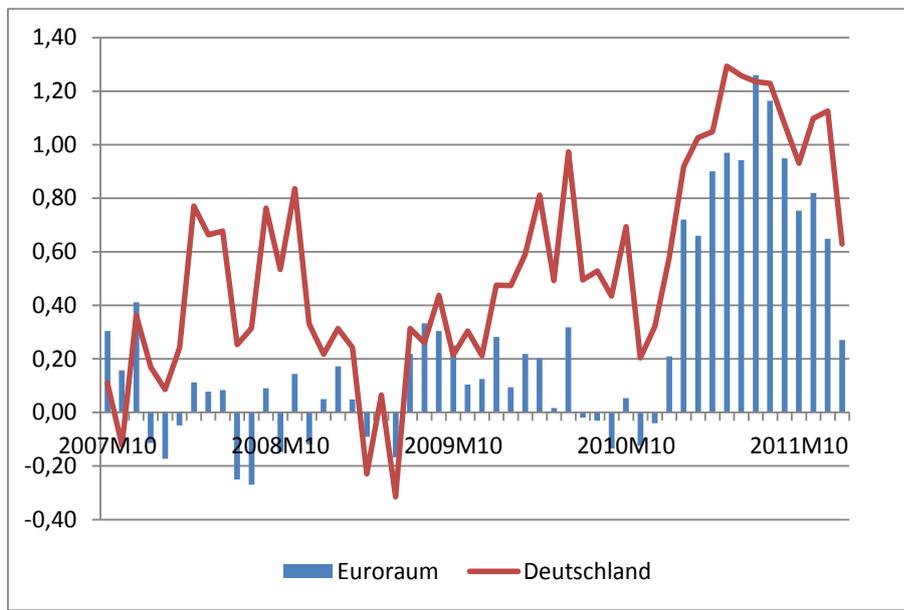


Quelle: Eurostat.

Im Zeitraum 2007-2011 war neben den hohen Ausschlägen der Inflation auch zu konstatieren, dass die Verbraucherpreise in Österreich signifikant stärker gestiegen sind als dies im Durchschnitt des Euroraums oder in Deutschland der Fall war. In einer langjährigen Perspektive präsentierte sich Österreich stets als eines der preisstabilsten Länder des

Euroraums. Die Inflationsrate blieb in der Regel unter dem Vergleichswert des Euroraums. Im Jahr 2011 stiegen die Verbraucherpreise jedoch um 0,8 Prozentpunkte stärker als im Euroraum und gar um einen Prozentpunkt mehr als in Deutschland. Seit Oktober 2007 hat der österreichische HVPI gegenüber dem Euroraum um kumulativ 1,1 Prozentpunkte und gegenüber dem Haupthandelspartner Deutschland gar um 2 Prozentpunkte zugelegt.

Abbildung 2: Inflationsdifferenzial Österreichs in Prozentpunkten



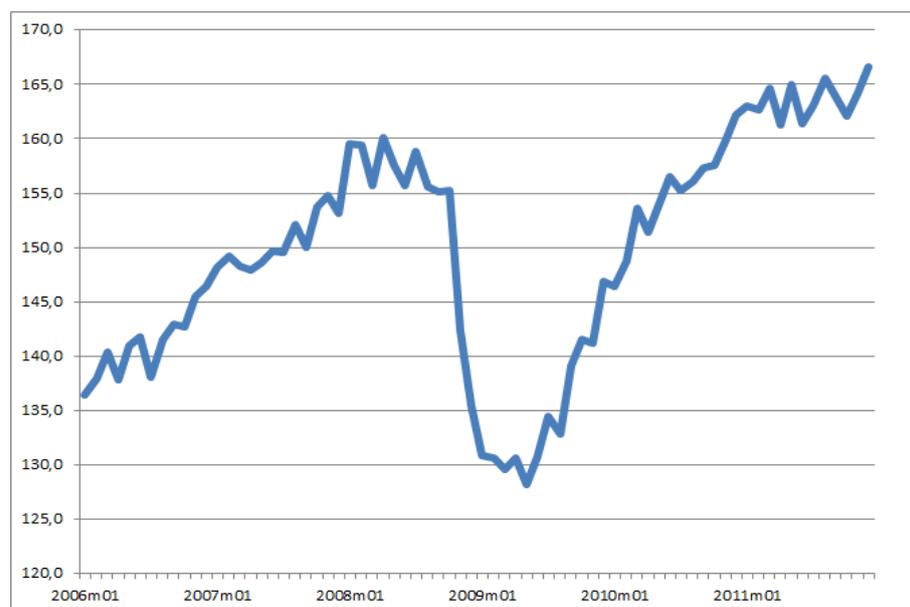
Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Eurostat.

## 2. Inflation und Wirtschaftsentwicklung

Die Erfahrungen der letzten vier Jahren unterstreichen einen engen Zusammenhang der Preis- mit der Wirtschaftsentwicklung. Folgte die Inflationsrate im Zuge der Wirtschaftskrise dem Konjunkturzyklus, so war im Jahr 2011 festzustellen, dass der globale wirtschaftliche Aufschwung kausal hauptsächlich aufgrund des kräftigen Preisauftriebs zum Erliegen gekommen ist. Die gegenwärtige wirtschaftliche Schwächeperiode ist unmittelbare Folge des starken Anstiegs der Energie und Rohstoffpreise in den Jahren 2010/2011.

Bereits zu Beginn des Jahres 2011 stagnierte der Welthandel und läutete damit die wirtschaftliche Abkühlung ein, die sich nunmehr auch in den österreichischen Wirtschaftswachstumsraten ablesen lässt. Der durch die kräftige globale Nachfrage ausgelöste Anstieg der Energie und Rohstoffpreise pflanzte sich rasch in die Verbraucherpreise weiter. Als Folge der erhöhten Kosten für Unternehmen und Haushalte verringerten sich Gewinne und Kaufkraft und führten zum konjunkturellen Einbruch.

Abbildung 3: Welthandel, zu konstanten Preisen, Index Jahr 2000=100



Quelle: Central Planning Bureau.

Im vierten Quartal des Jahres 2011 schrumpfte die Wirtschaftsleistung des Euroraums im Vergleich zum Vorquartal um 0,3 %, in Österreich ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,1 % zurückgegangen. Auch für das erste Quartal des angelaufenen Jahres wird ein weiterer Rückgang der Wirtschaftsaktivität im Euroraum prognostiziert.

Gegen Ende des Jahres 2011 hat die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufgenommen. Im Dezember war ein deutlicher Anstieg des Welthandels zu beobachten auch die Stimmungsindikatoren haben sich in weiten Teilen der Weltwirtschaft deutlich aufgehellt. Die gegenwärtigen Wirtschaftsprognosen internationaler Organisationen gehen von einer wirtschaftlichen Erholung ab dem zweiten Quartal des Jahres 2012 aus.

In den vorliegenden Prognosen der Weltwirtschaft wird durchgängig unterstellt, dass der wirtschaftliche Aufschwung von einer Phase stabiler Preisentwicklung begleitet wird. Es besteht allerdings von Seiten der Preise ein erhebliches Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Wiederholt sich das Muster Jahres 2011, dass Rohstoff- und Energiepreise mit der wirtschaftlichen Erholung anziehen, so dürfte der bereits begonnen globale wirtschaftliche Aufschwung rasch zum Erliegen kommen.

Die aktuell vorliegenden Daten zur Preisentwicklung geben großen Anlass zur Sorge. Angesichts der Rezessionsphase in der sich Europa befindet, ist der gegenwärtige Anstieg der Verbraucherpreise als außerordentlich hoch einzuschätzen. Im Jänner ist der HVPI im Euroraum um 2,6 % angestiegen, in Österreich kam der Preisanstieg gar bei 2,9 % zu liegen. Für Februar erwartet Eurostat gar einen leichten Anstieg der Verbraucherpreise im Euroraum auf 2,7 % - eine Entspannung bei der Inflation ist also gegenwärtig nicht in Sicht.

Mittlerweile hat auch die Europäische Kommission die Prognosewerte für die Inflation angehoben. Für Österreich wird im Jahr 2012 eine jahresdurchschnittliche Inflationsrate von 2,5 % vorhergesagt. EcoAustria geht davon aus, dass dieser Wert jedenfalls übertroffen wird. Die Vorhersagen der österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute vom Dezember des Vorjahres werden jedenfalls deutlich nach oben revidiert werden müssen.

Zusätzlichen Anlass zur Beunruhigung geben die jüngsten Preistendenzen bei Energie-Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen. Fast zeitgleich mit dem Einsetzen der wirtschaftlichen Erholung hat sich deren Preisdynamik wieder deutlich belebt. Rohstoffpreise und Nahrungsmittelpreise zeigen nach einer Schwächephase wieder steigende Tendenz, der Preis für Erdöl stieg im Februar auf einen absoluten historischen Höchststand (in Euro berechnet).

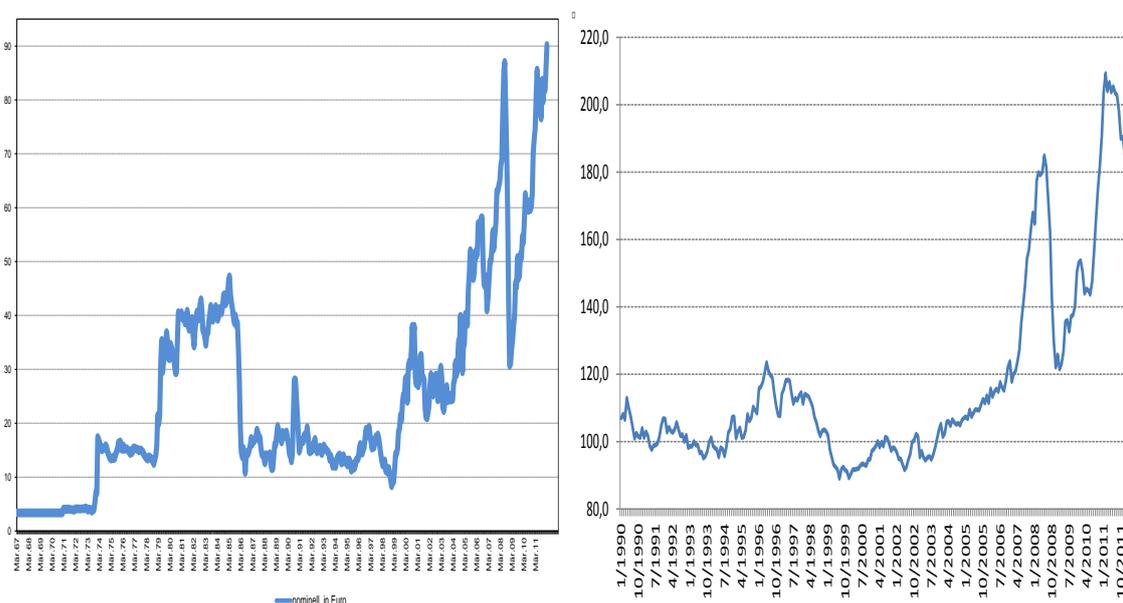
Aus der Sicht des Instituts ist die jüngste Entwicklung der Energie und Rohstoffpreise jedoch nicht verwunderlich. Diese ist eng an die Dynamik der globalen Nachfrage gekoppelt. Dementsprechend ist der Anstieg der Weltmarktpreise für Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel als unmittelbare Konsequenz der verbesserten Konjunkturlage anzusehen.

In diesem Zusammenhang weist EcoAustria darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen für die Preisentwicklung in den vergangenen zehn Jahren grundlegend geändert haben. Nach Jahrzehnten stabiler bzw. sogar teilweise fallender Preise für Energie und Rohstoffe, ist seit dem Jahr 2000 ein Trend steigender Preise zu verzeichnen. Der Erdölpreis lag zur Jahrtausendwende nur unwesentlich über den Werten der 1960er Jahre, die Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel wiesen sogar einen im zeitverlauf fallenden Trend auf. Mit der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung der bevölkerungsreichen Schwellenländer hat diese Phase ruhiger Preisentwicklung jedoch ein Ende genommen. Angesichts der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere in China, Indien und Südamerika wird sich dieser Trend fortsetzen bzw. möglicherweise sogar weiter beschleunigen.

Abbildung 4: Rohstoffpreisentwicklung

ÖLPREIS, Brent in Euro

Nahrungsmittelrohstoffpreise, 2002-04=100

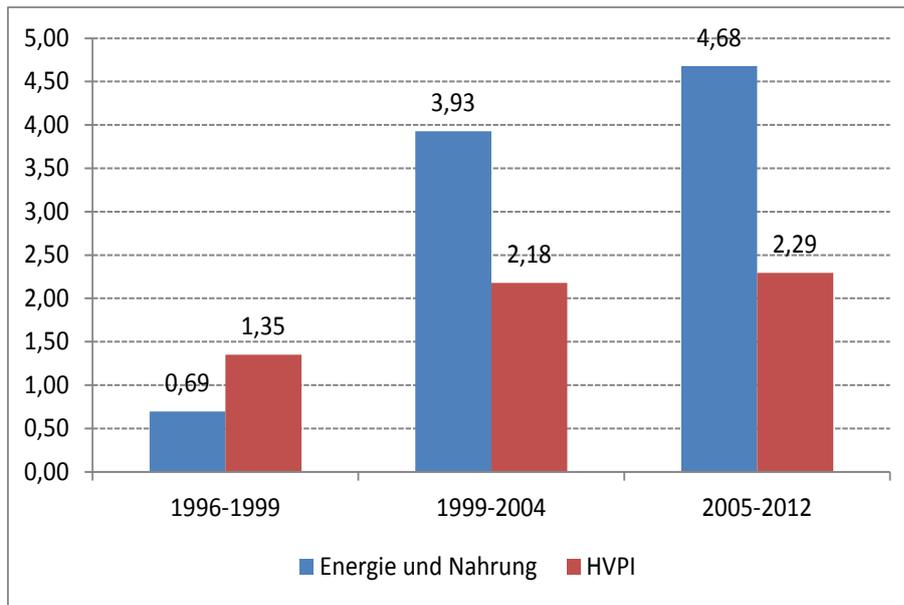


Quellen: U.S. Department of Energy, OeNB, FAO, Monthly Food Price Index.

Aus der Sicht von EcoAustria müssen die veränderten Rahmenbedingungen für die Preisentwicklung in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Angesichts der absehbaren Entwicklungen auf den globalen Energie- und Rohstoffmärkten ist ein geändertes Reaktionsmuster aller wirtschaftlichen Akteure notwendig.

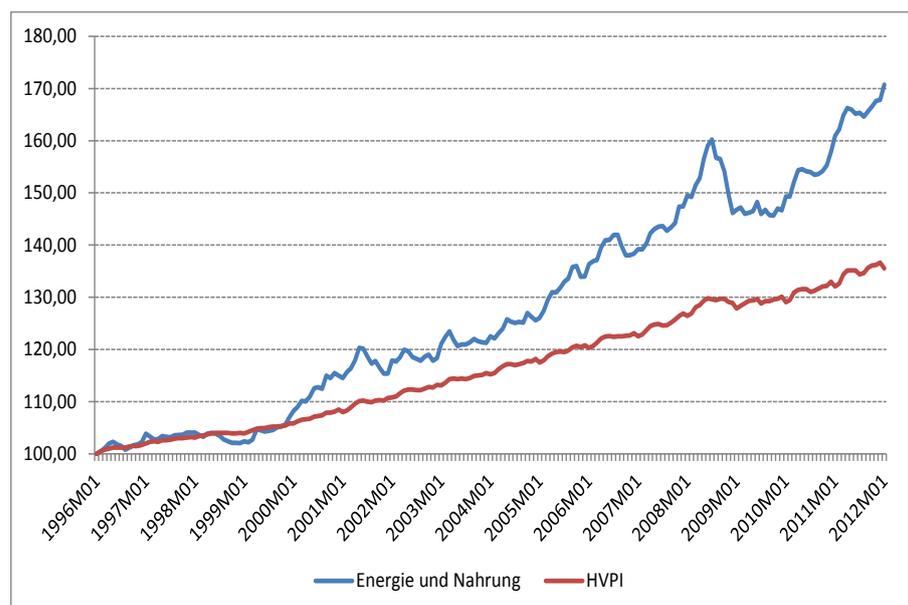
Insbesondere für die Preisstabilität stellen die geänderten Rahmenbedingungen eine erhebliche Herausforderung dar. Haben sich die Preise für Energie und Nahrung Ende der 1990er Jahre noch weitgehend stabil entwickelt (0,7 % Anstieg pro Jahr), so sind sie danach deutlich stärker als der HVPI angestiegen (3,9 % pro Jahr 1999-2004 und 4,7 % seit 2005). Werden die durch diese Preisentwicklung erlittenen Kostensteigerungen in die Preise überwältigt so droht eine Lohn-Preisspirale in Gang zu kommen und die Inflationsrate wird sich kontinuierlich beschleunigen.

Abbildung 5: Jahresdurchschnittlicher Preisanstieg im Beobachtungszeitraum



In der Vergangenheit wurde das Konzept einer „Kerninflation“ zur Beurteilung der Inflationsgefahr verwendet. Die Kerninflation enthält lediglich jenen Teil des Preisauftriebs, der nicht direkt von Energie und Nahrungsmitteln verursacht wird. Dabei wird implizit unterstellt, dass Energie und Nahrungsmittel sehr starke Schwankungen im Zeitverlauf aufweisen, sich jedoch langfristig in ihrer Preisdynamik nicht von jener des gesamten VPI unterscheiden. Mittlerweile muss das Konzept der Kerninflation jedoch als überholt angesehen werden. Seit nunmehr zehn Jahren steigen die Preise für Energie und Nahrungsmittel deutlich kräftiger als die Preise des gesamten Warenkorbs.

Abbildung 6: HVPI und Energie und Nahrungsmittel, Index, 1996/1=100



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Da es sich bei Energie und Nahrungsmittelrohstoffen um Güterkategorien handelt die in Europa und Österreich zu einem hohen Anteil importiert werden müssen, ergeben sich auch schwerwiegende Konsequenzen für die Preisstabilität.

Die Europäische Zentralbank verfolgt gemäß ihren Statuten das Ziel den Anstieg des HVPI unter der 2-Prozentmarke zu halten. Soll dieses Ziel einer Inflation unter 2 Prozent bei stark steigenden Rohstoff, Energie und Nahrungsmittelpreisen erreicht werden, folgt daraus, dass dementsprechend andere Güter des Warenkorbs relativ geringere Preissteigerungen aufweisen müssen.

Die Entwicklung der letzten Jahre deutet darauf hin, dass die zugrunde liegende Herausforderung für die Preisstabilität noch nicht ausreichend von den zuständigen Institutionen aufgegriffen wurde. Auffallend ist, dass sich die durchschnittlichen Inflationsraten im Euroraum – parallel mit der Beschleunigung der Preise für Energie und Rohstoffe – erhöht haben. Der Zielwert der Europäischen Zentralbank wurde im langjährigen Durchschnitt verfehlt und die Gefahr einer sich beschleunigenden Inflation ist angesichts der vorliegenden Daten durchaus gegeben.

### 3. Lohnverhandlungen und Preisstabilität

Der Schlüssel zur Sicherstellung der nachhaltigen Preisstabilität ist allerdings in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Lohnbildung gegeben. Über die Lohnverhandlungen wird mittel- bis langfristig der Preisauftrieb auf nationaler Ebene bestimmt.

Österreich weist ein vorbildliches System der Lohnverhandlungen auf, das zu hoher Wettbewerbsfähigkeit und der vorzüglichen wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich beigetragen hat. Die österreichischen Lohnverhandlungen weisen ein im internationalen Vergleich herausragendes Ausmaß an gesamtwirtschaftlicher Koordinierung auf. Die Besonderheit der österreichischen Lohnverhandlungen ist durch den hohen Organisationsgrad der Arbeitnehmer und Arbeitgeberseite, sowie das hohe Maß der Verbindlichkeit der Lohnabschlüsse gegeben. In Österreich hat sich das über die Zeit das sogenannte „Pattern Bargaining“ etabliert. Dabei übernimmt eine Branche – in Österreich ist dies die Metallindustrie – die Rolle des Signalgebers. Der Höhe des Lohnabschlusses in der Metallbranche folgen die anderen Wirtschaftssektoren mit entsprechenden sektorspezifischen Adjustierungen.

Die große Stärke der koordinierten Lohnbildung in Österreich besteht darin, dass Reibungsverluste vermieden werden und gesamtwirtschaftliche Vorteile zu Gunsten der einzelnen Branchen lukriert werden können. Dieses Modell der Lohnbildung ermöglicht es das spieltheoretische Problem zu überwinden, das darin besteht, dass es für einzelne Wirtschaftssektoren vorteilhaft sein kann, höhere Kosten auf andere Branchen zu überwälzen. Über die Koordinierung der Lohnabschlüsse wird ein Ausscheren einzelner Wirtschaftssektoren vermieden und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen können zum Wohle der Beschäftigten und Unternehmen der Branchen verfolgt werden.

Die österreichischen Lohnverhandlungen waren ein integraler Bestandteil der österreichischen Hartwährungspolitik und stellen die wesentliche Säule zur Sicherung der Preisstabilität in Österreich dar.

Gegenwärtig fußen die Lohnabschlüsse auf zwei volkswirtschaftlichen Eckwerten: der Dynamik von Inflation und Produktivität. Bei den Lohnabschlüssen werden üblicherweise die Preissteigerungen und der Anstieg der Arbeitsproduktivität abgegolten. Dieses Modell stellte in der Vergangenheit sicher, dass sich der Preisauftrieb nicht beschleunigen konnte.

Es ist allerdings zu konstatieren, dass das gegenwärtige Modell der Lohnbildung angesichts der genannten geänderten Rahmenbedingungen modifiziert werden muss. Künftig müssen die Lohnverhandlungen den – von externer Seite erlittenen – Anstieg der Energie und Rohstoffpreise anders behandeln. Der von dieser Seite verursachte Kostenschub darf nicht in die Löhne überwälzt werden, wenn ein nachhaltiger Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und Preisstabilität vermieden werden soll. Das impliziert konkret, dass künftig nicht mehr automatisch die Inflation des Vorjahres abgegolten werden darf.

Diese Aussichten für die Lohnverhandlungen mögen auf den ersten Blick wenig attraktiv wirken, sie spiegeln aber den Grundgedanken der österreichischen Lohnpolitik wieder, die gesamtwirtschaftlichen Beschränkungen für das Lohnwachstum zu respektieren. Wie die Erfahrungen der österreichischen Hartwährungspolitik belegen, sind die Wohlfahrtseffekte dieser Strategie außerordentlich positiv.

Neben dem sehr hohen Niveau der Inflationsrate stellt auch das hartnäckige und erhebliche Inflationsdifferenzial Österreichs gegenüber Euroraum und Deutschland mittlerweile ein signifikantes Risiko für die österreichische Wirtschaftsentwicklung dar. Einen wesentlichen Beitrag zu der überdurchschnittlichen Preisdynamik hat jedenfalls die spezifisch günstige wirtschaftliche Lage in Österreich geleistet. Seit mittlerweile zehn Jahren liegt das Wirtschaftswachstum in Österreich durchgängig über dem Referenzwert des Euroraums. Dennoch muss befürchtet werden, dass die Verfestigung des Preisauftriebs unausweichlich zu entsprechenden Kostennachteilen für die österreichische Wirtschaft führen und damit schleichend Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotenzial verringern.

Im Monat Jänner lagen – mit Ausnahme des Bereichs Nachrichtenübermittlung – die Preissteigerungen aller Hauptgruppen des Warenkorbs des VPI deutlich über der 2-Prozentmarke. Damit wird deutlich, dass sich der überdurchschnittliche Preisauftrieb in Österreich mittlerweile nicht mehr alleine auf jene Bereich beschränkt, der direkt von den hohen Energie und Rohstoffpreisen beeinflusst wird. Dieser aktuelle Befund lässt auch wenig Hoffnung, dass sich der Inflation in absehbarer Zeit in Richtung des Zielwerts für Preisstabilität bewegen wird. Es sollte daher überlegt werden welche kurzfristigen flankierenden Möglichkeiten bestehen, den überdurchschnittlichen Preisauftrieb in Österreich zu dämpfen.

#### **4. Öffentliche Gebühren und administrierte Preise**

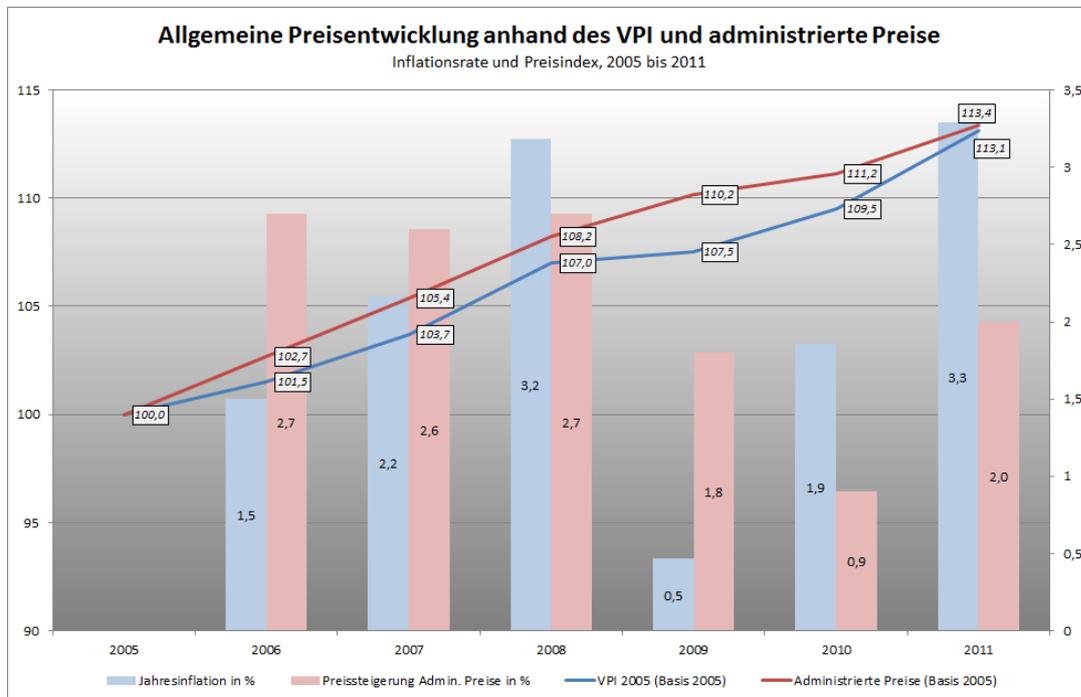
Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung exogener, insbesondere über steigende Energiepreise ‚importierter‘ Faktoren der Inflationsentwicklung besteht ein Handlungsansatz einer nachhaltig preisstabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik in einer zurückhaltenden Preisentwicklung bei öffentlichen Gebühren. Es ist davon auszugehen, dass etwa im Bereich der zu weiten Teilen exportorientierten Industrie Wettbewerbsfaktoren preisstabilisierend wirken. Da hier der internationale Wettbewerb außerordentlich hoch ist, ist nicht davon auszugehen, dass hier großer Spielraum für Preiszurückhaltung gegeben ist.

Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen hingegen, in denen kein Wettbewerbsumfeld vorherrscht, erfolgt die Preisbildung und -entwicklung zumeist nicht über Marktmechanismen, sondern vielmehr auf institutionell-administrativem Weg. Vor diesem Hintergrund rückt auch die Wettbewerbskommission (vgl. WBK 2011; S. 4) „Preisbildung, Valorisierung und Preisentwicklung von kommunalen Gebühren (wie z.B. Wasser, Abwasser, Müll) in das Blickfeld“. Für das Jahr 2012 setzt sich die WBK die Untersuchung der Preisentwicklung bei Dienstleistungen im öffentlichen Interesse zum Ziel (vgl. ebd.).

Gerade in Phasen intensiver und erhöhter Inflation plädiert EcoAustria für eine zurückhaltende Gestaltung bei Gebühren und Preisen für öffentliche Dienstleistungen. Vorhandene Preissetzungsspielräume sollten möglichst „inflationstäpfend“ genutzt werden und öffentliche Gebühren möglichst konstant gehalten werden.

Im Jahr 2011 stieg der Index für institutionell administrierte Preise<sup>1</sup> um 2% (vgl. Abbildung 7). Sie trugen mit 0,166 Prozentpunkten zur allgemeinen Inflationsrate bei. Unter der Bedingung konstanter Preise hätte die Inflationsrate 2011 demnach nur 3,1% statt 3,3% betragen. Die stärksten Preissteigerungen (vgl. Abbildung 8) waren 2011 bei Kindergartengebühren (13,2%), bei Postdiensten (9,6% Auslandsporto bzw. 8,7% Inlandsporto) und bei Gebühren im Zusammenhang mit der Wasserversorgung (8,1%) zu beobachten. Unter Berücksichtigung der jeweiligen VPI-Gewichtungen waren innerhalb der administrierten Preise die Kindergartengebühren, Heimhilfedienstleistungen und Inlandspostdienste die stärksten ‚Inflationstreiber‘.

Abbildung 7: Allgemeine Preisentwicklung administrierte Preise



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen EcoAustria.

Gerade in Phasen höheren Inflationsdrucks wird in der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit vermehrt auf Gebührenerhöhungen reagiert. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise die anstehende Erhöhung der ORF Gebühren sowie der Parkgebühren

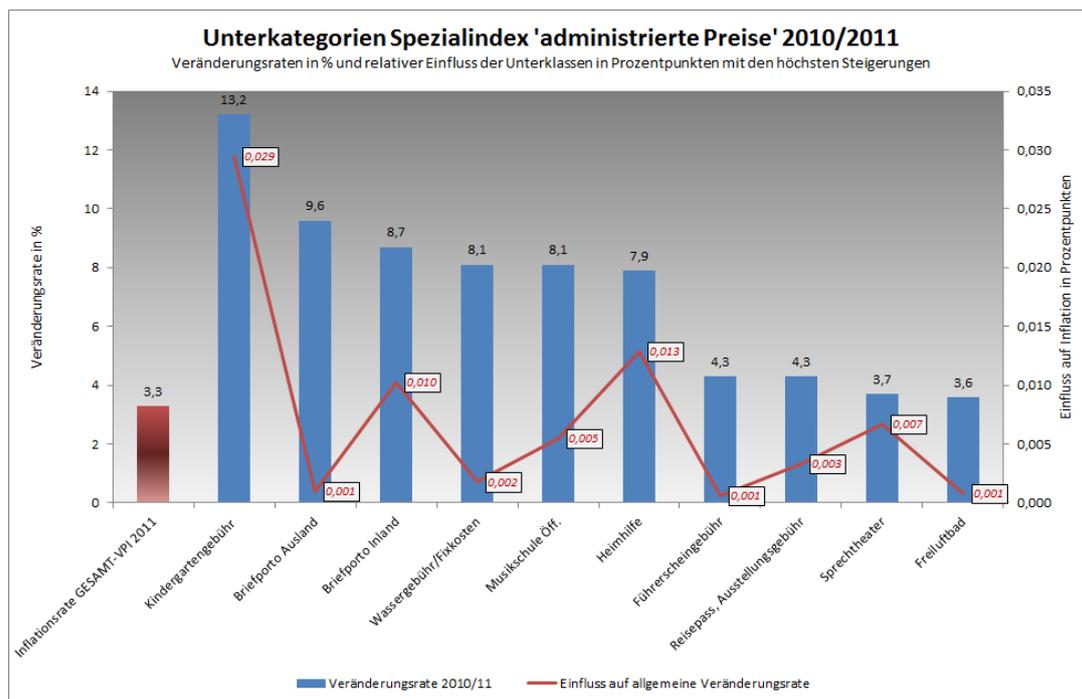
<sup>1</sup> Als ein Indikator zur Beobachtung der Entwicklung der Gebühren für öffentliche Dienstleistungen lässt sich im VPI-Konzept der Spezialindex für administrierte Preise heranziehen. In der Definition von Statistik Austria (vgl. Statistik Austria 2012, S. 1) gelten als administrierte Preise „jene Preise für Waren und Dienstleistungen, die mehrheitlich staatlich festgelegt werden (durch Gesetze beziehungsweise Verordnungen von Bund, Ländern, Gemeinden)“. Der Spezialindex des VPI für administrierte Preise setzt sich aus einer Vielzahl von Unterkategorien für Ver- und Entsorgungsdienste, für Gesundheitsdienste, für Verkehrsdienstleistungen, für Postdienste, Freizeit- und Sportdienstleistungen, Kulturdienstleistungen, Glücksspiele, Unterrichtsdienstleistungen etc. zusammen.

in Wien thematisiert. Unter Berücksichtigung der entsprechenden VPI-Gewichtung<sup>2</sup> wird aus diesem Titel ein Inflationsschub von etwa 0,05 Prozentpunkten resultieren.

Während die Erhöhung der administrierten Preise in den Jahren 2010 und 2011 (0,9% gegenüber 1,9% bzw. 2% gegenüber 3,3%) unterhalb der allgemeinen Inflationsrate erfolgten, zeigt sich in der längerfristigen Betrachtung, dass in den Jahren 2006, 2007 und 2009 die administrierten Preise jeweils stärker als die Verbraucherpreise erhöht wurden (vgl. Abbildung 7). Im Jahr 2009 lag die Erhöhung der administrierten Preise mit 1,8% um 1,3 Prozentpunkte über der allgemeinen Teuerung von 0,5%. Auch in den Jahren 2006 und 2007 waren jeweils Preissteigerungen über der allgemeinen Inflation zu beobachten.

Wie bereits ausgeführt, waren nach Unterkategorien differenziert (vgl. Abbildung 8) im Jahr 2011 die höchsten Preissteigerungen bei Kindergartengebühren, Postdiensten sowie Gebühren im Zusammenhang mit der Wasserversorgung zu beobachten und unter Berücksichtigung der VPI-Gewichtung Kindergartengebühren, Heimhilfedienstleistungen und Inlandspostdienste die stärksten ‚Inflationstreiber‘.

Abbildung 8: Preissteigerungen und Einfluss 2011 nach Unterkategorien ‚administrierte Preise‘



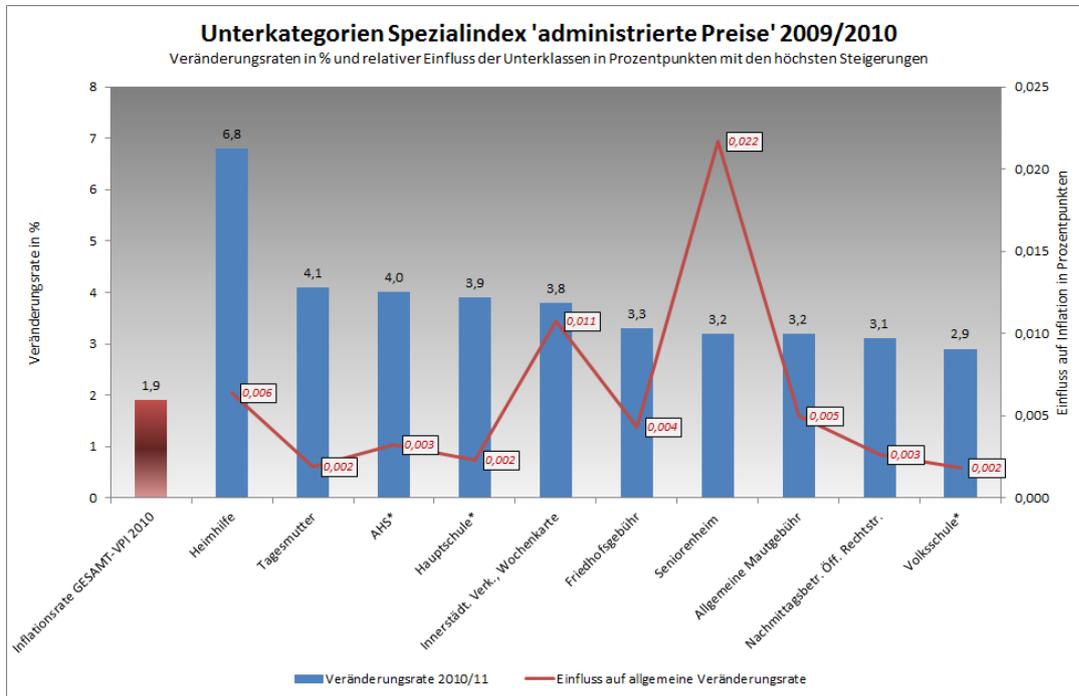
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen EcoAustria.

Bereits im Jahr 2010 (vgl. Abbildung 9) waren bei Heimhilfedienstleistungen mit 6,8% überdurchschnittliche Preissteigerungen zu beobachten. Dies gilt darüber hinaus für schulische Betreuungs- und Internatsdienstleistungen. Vergleichsweise hohe Inflationsbeiträge resultierten aus Preissteigerungen für Wochenkarten im innerstädtischen Verkehr – sie trugen mit einer Veränderungsrate von 3,8% mit 0,011 Prozentpunkten zur

<sup>2</sup> Gemäß Statistik Austria beträgt das Gewicht für Parkgebühren (Warencode 493 im VPI 2012) 0,02754.

allgemeinen Inflationsrate von 1,9% bei – bzw. aus Preissteigerungen bei Seniorenheimen (3,2% bei einem Beitrag von 0,022 Prozentpunkten).

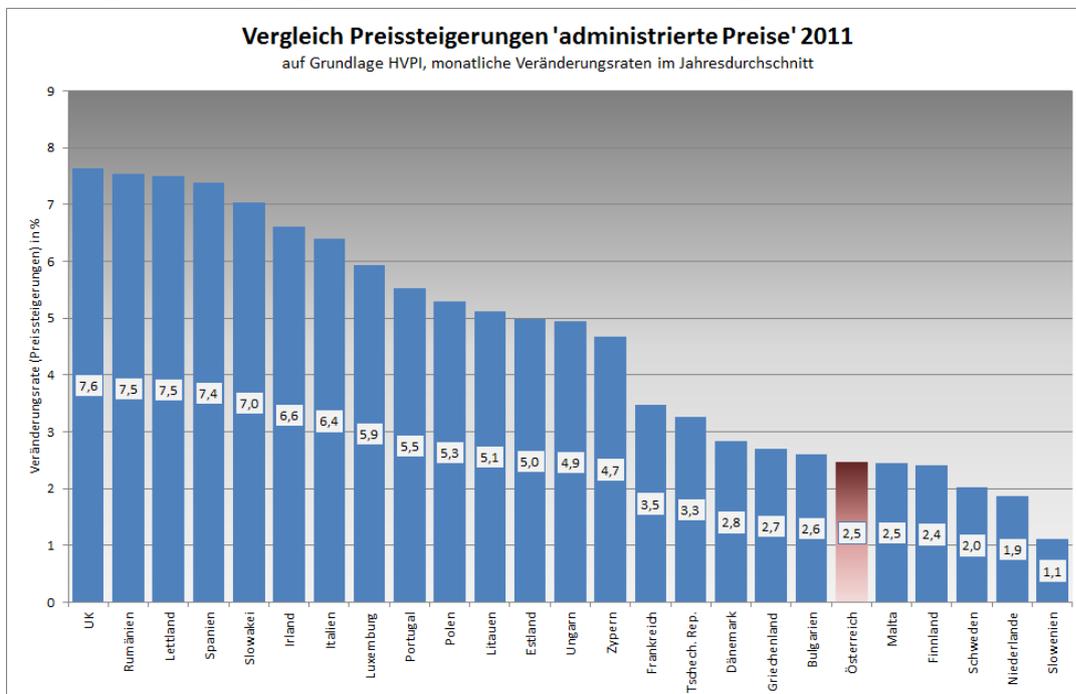
Abbildung 9: Preissteigerungen und Einfluss 2010 nach Unterkategorien ‚administrierte Preise‘



\* Halbinternat, Non Profit Rechtsträger (bei AHS: Oberstufe)

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen EcoAustria.

Abbildung 10: Veränderungsrate ‚administrierte Preise‘ im EU-Vergleich



Quelle: EUROSTAT.

Im EU-Vergleich (vgl. Abbildung 10) zeigt sich, dass in Österreich die „administrierten Preise“ eher moderat gestiegen sind. In zwölf Ländern waren zuletzt Preissteigerungen von

fünf bzw. mehr als fünf Prozent zu beobachten. Die stärksten Erhöhungen waren im Vereinigten Königreich (+7,6%), in Rumänien und Lettland (+7,5%), in Spanien (+7,4%) sowie in der Slowakei (+7%) zu beobachten.

## 5. Literatur

Europäische Kommission (2012), Interim Forecast February 2012, Brüssel 2012.

Janger, J. (2008), Angebotsseitige Erklärungsfaktoren der Inflationsentwicklung in Österreich, in: Geldpolitik und Wirtschaft 2/2008, OeNB – Wien. (Siehe Weblink: <http://www.oenb.at/>); 6.3.2012)

Janger, J. (2010), Bestimmungsgründe sektoraler Preisvergleichs- und Anbieterwechselraten in Österreich, in: Geldpolitik und Wirtschaft 1/2010, OeNB – Wien. (Siehe Weblink: <http://www.oenb.at/>); 6.3.2012)

Janger, J. und P. Schmidt-Dengler (2010), Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Inflation, in: Geldpolitik und Wirtschaft 1/2010, OeNB – Wien. (Siehe Weblink: <http://www.oenb.at/>); 6.3.2012)

Statistik Austria (2011), Warenkorb und Gewichtung des H/VPI 2012, Erstellt am 29.2.2012.

Statistik Austria (2012), ‚Spezialindizes im Jahr 2011 meist über der Inflationsrate‘, Pressemitteilung Statistik Austria vom 16.1.2012. (Siehe Weblink: <http://www.statistik.at/>); 6.3.2012)

Statistik Austria (2012), Gebühren und Tarife (Administrierte Preise).

Traxler F., Blaschke S., Kittel B., (2001), National Labour Relations in Internationalized Markets. A Cross-national Analysis of Institutional Patterns, Change and Performance, Oxford: Oxford University Press, 2001.

WBK – Wettbewerbskommission (2011), Vorschläge der Wettbewerbskommission gem. § 16 Abs.1 WettbG an die Bundeswettbewerbsbehörde für Schwerpunkte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Kalenderjahr 2012.